



## #OFFENGEHT! – Unterbringung von Geflüchteten

Daten, Fakten und Argumente in einer komplexen Diskussion

Im Jahr 2022 stieg die Zahl der Geflüchteten, die in Deutschland Schutz suchten, durch den Krieg in der Ukraine und die anhaltenden Konflikte in Syrien und Afghanistan wieder an. Trotz der großen Aufnahmebereitschaft mehren sich die Stimmen, die vor einer **Überforderung der Kommunen** warnen. Dabei werden Geflüchtete häufig als Ursache für die Herausforderungen in den Kommunen genannt. Geflüchtete sind aber Mitbetroffene von **strukturellen Defiziten und Versäumnissen der letzten Jahre** und nicht die Sündenböcke dieser Entwicklung.

- **Wir haben keine Flüchtlingskrise, wir haben eine Unterbringungs Krise!**  
Nötig sind verstärkter sozialer Wohnungsbau, Nutzung leerstehenden Wohnraums und die Abschaffung von Wohnsitzauflagen für Geflüchtete.
- **Kommunen, die sich vorbereitet haben, müssen keine „Brandbriefe! schreiben!**  
Die Aufnahme von Geflüchteten in den Kommunen und ihre Integration vor Ort funktioniert entgegen der Aussage der Brandbriefe unterschiedlich gut. Es zeigt sich, dass es große Unterschiede gibt, wie Städte und Gemeinden diese Herausforderung bewältigen.
- **Wir benötigen ein Ende der Ungleichbehandlung von Kriegsflüchtlingen!**  
Der aufenthaltsrechtliche Umgang mit Geflüchteten aus der Ukraine ist ein gutes Beispiel für eine sinnvolle, menschenwürdige und integrationsfördernde Unterbringung und sollte als Blaupause für die künftige Aufnahme aller Flüchtlinge dienen: Visumfreie Einreise, Aufenthaltssicherheit vom ersten Tag an, keine Wohnpflicht in einer Erstaufnahmeeinrichtung, regulärer Anspruch auf SGB-Leistungen, unbeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Integrationsmaßnahmen.
- **Mehr Abschiebungen lösen das Unterbringungsproblem nicht!**  
Hauptherkunftsländer von Flüchtlingen im Jahr 2022 waren die Ukraine, Afghanistan und Syrien. Ca. 93 Prozent der im Jahr 2022 ca. 1,2 Millionen nach Deutschland geflüchteten Personen werden einen Schutzstatus und damit eine mindestens vorübergehende Bleibeberechtigung erhalten. Selbst wenn - alle menschenrechtlichen Bedenken und organisatorischen Schwierigkeiten außer Acht lassend - die verbleibenden 7 Prozent in ihre Heimat zurückgeführt werden würden, würde das die Kommunen im Hinblick auf die Unterbringungssituation nicht entlasten.
- **Flüchtlingsschutz ist kein Gnadenakt, sondern eine Verpflichtung!**  
Die Forderung nach einer Begrenzung der Flüchtlingsaufnahme und die Rede von „illegaler“ Migration verkennt, dass der Hauptanteil der Menschen, die im Rahmen einer „illegalen“ Einreise nach Deutschland (eine legale Einreise über Visa zur Asylantragstellung ist kaum möglich und es gibt wenige Resettlementplätze) kommen, einen Anspruch auf Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention haben.
- **Deutschland braucht keine Zugangsbarrieren, sondern mehr Pull-Faktoren und eine aufnahmefähige Infrastruktur!**

Deutschland ist darauf angewiesen, viel Einwanderung zu ermöglichen. Dafür braucht mehr Pull-Faktoren, weniger Restriktionen und eine aufnahmefähige Infrastruktur: bezahlbarer Wohnraum, Kita- und Schulplätze, funktionierende Behörden und eine Willkommenskultur.

**Weil gesellschaftlicher Zusammenhalt nur #offengeht, sagen wir „Nein“ zur Stimmungsmache gegen Geflüchtete und „Ja“ zur Unterstützung der Kommunen:**

- durch pragmatische Lösungen für die Herausforderung der menschenrechtskonformen Unterbringung von Geflüchteten und
- durch massive Investitionen in eine aufnahme- und damit zukunftsfähige Infrastruktur für alle.

Denn Menschenrechte und das Grundgesetz gelten für alle in Deutschland lebenden Menschen – nicht nur für deutsche Staatsbürger\*innen.